

RESEARCH

Oliver D'Antonio

Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk

Über die lokale Verankerung
politischer Parteien



Springer VS

Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk

Oliver D'Antonio

Zwischen Rathaus, Milieu und Netzwerk

Über die lokale Verankerung
politischer Parteien

Oliver D'Antonio
Göttingen, Deutschland

Dissertation, Georg-August-Universität Göttingen, 2014

ISBN 978-3-658-07243-8

ISBN 978-3-658-07244-5 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-07244-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Dank

Wie jeder, der über mehrere Jahre hinweg an einer größeren wissenschaftlichen Abhandlung arbeitete, erfuhr auch ich Unterstützung und zahlreiche große und kleine Hilfeleistungen von verschiedenen Menschen. Viele hatte ich bewusst um Hilfe und Förderung gebeten, einige kreuzten nur zufällig meinen Weg. Doch alle haben ihre Spuren in der vorliegenden Arbeit hinterlassen. Ihnen zu danken, ist eine Selbstverständlichkeit.

Mein erster Dank gilt allen Gesprächspartnerinnen und -partnern. Sie haben mir einen großen Vertrauensvorschuss gewährt, haben mich in ihre Wohnungen, Büros oder Geschäftsstellen gelassen und mir umfassend Rede und Antwort gestanden. Ablehnung oder Verweigerung erfuhr ich fast nie, häufig jedoch Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft. Dank schulde ich auch den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Parteigeschäftsstellen, bei Verbänden, in Ämtern und Behörden, städtischen Archiven, Stiftungen, Pressearchiven, Lokalredaktionen und Bibliotheken, die sich mit bisweilen immensem Engagement meinen Anliegen widmeten und mich mit Material versorgten.

Vielen meiner Leipziger Freundinnen und Freunde verdanke ich, dass ich während meiner Aufenthalte in der Stadt stets einen Schlafplatz fand: Christiane Naumann und Judith Riechert, Katrin Weiske, Katja Shaisi und Thomas Hering. Besonders zu danken habe ich Enrico Genauck in Leipzig-Schleußig und der WG von Andrea Barriga in Frankfurt-Seckbach, bei denen ich sogar über mehrere Wochen wohnen durfte. Dass diese Arbeit überhaupt geschrieben wurde, habe ich dem Historiker Dr. Erdmann Weyrauch zu verdanken, der mich dazu ermutigte, auch im Alter von über dreißig Jahren noch eine Promotion aufzunehmen.

Wissenschaftliche Erkenntnis kommt nie ohne Austausch, Kritik und die engagierte Diskussion von Ergebnissen und Thesen aus. Zu Beginn meiner Arbeit erhielt ich wertvolle Anregungen von Prof. Dr. Andreas Anter, Matthias Ecke, Nadine Lindner, Kerstin Petermann und Henny Schmid. Dank gilt auch jenen, die die einzelnen Kapitel gelesen und mit hilfreichen Anmerkungen versehen haben: David Bebnowski, Jöran Klatt, Johannes Melchert, Sören Messinger, Christian von Eichborn, Dr. Christian Werwath und Christian Woltering. Michael Lühmann hat über zahllose Diskussionen in den vergangenen Jahren mehr Einfluss auf diese Arbeit genommen als es ihm wohl selbst bewusst ist. Dank schulde ich auch Felix Butzlaff, Severin Caspari, Johanna Klatt, Dr. Robert Lo-

renz, Dr. Bettina Munimus, Jonas Rugenstein, Dr. Andreas Wagner, Anika Werner und Miriam Zimmer für Ratschläge, Unterstützung und Ermutigung. Im Rahmen des Kolloquiums der AG Parteien- und Politische Kulturforschung und des Instituts für Demokratieforschung hatte ich mehrfach die Möglichkeit, den Stand meiner Arbeit vorzustellen und danke allen, die sich an den Diskussionen beteiligt haben. Gleiches gilt für die Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Düsseldorfer Graduiertenkonferenz Parteienwissenschaften 2013, die für die Schlusskapitel dieser Arbeit fruchtbare Ideen erbrachte.

Dem Verlagshaus Springer VS sowie Elke Flatau danke ich für die unkomplizierte und hilfreiche Abwicklung der Veröffentlichung. Größten Dank schulde ich Katharina Rahlf für ihr wunderbares Lektorat. Jede Zeile des vorliegenden Buches musste sich ihrem geschulten Blick für Orthographie und Grammatik und ihrem Feingefühl für Sprache unterziehen – besser: fast jede Zeile. Denn diese letzten Sätze hätte sie sonst gewiss so resolut wie bescheiden wegredigiert.

Besonderer Dank gilt nicht zuletzt den Betreuern meiner Dissertation. Prof. Dr. Franz Walter verstand es meisterhaft, mir die nötigen Freiräume zu gewähren, ermöglichte mir die Feldaufenthalte und drehte doch an entscheidenden Punkten des Prozesses die Stellschrauben. Ohne seine scharfsinnigen Anmerkungen und seine wissenschaftliche Offenheit wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Prof. Dr. Peter Lösche danke ich für das Zweitgutachten und für seine stets hilfreichen und ermutigenden Kommentare. Dr. Matthias Micus hat mich in so vielfältiger Weise unterstützt, dass es die zugewiesene Rolle als „Drittprüfer“ bei Weitem überstieg. Dafür bin ich ihm sehr dankbar.

Meine Eltern und meine Schwester haben mich seit Beginn meines Studiums materiell und ideell unterstützt. Gerade weil ihnen selbst die Möglichkeit eines Hochschulstudiums nie offen stand, bin ich Ihnen für ihr Vertrauen von Herzen dankbar. Meinen Schwiegereltern danke ich für die Unterstützung bei der Betreuung unseres Sohnes in den letzten Monaten des Schreibens.

Im Januar 2008, ich hatte gerade mit dem Verfassen des Exposés zu dieser Arbeit begonnen, begegnete ich meiner heutigen Frau Dorothee zum ersten Mal. Diese Studie begleitete unseren gemeinsamen Weg von Beginn an. Sie musste mich immer mit dem „Projekt“ teilen, musste Kraft und Geduld aufbringen. Für so viel Rückhalt, Vertrauen und Liebe, wie ich sie an ihrer Seite erfahren habe, ist die Widmung eines Buches über die lokale Verankerung von Parteien ein völlig unzureichender Erweis der Dankbarkeit. Es ist jedoch das Mindeste, was ich tun kann.

Oliver D’Antonio
Juli 2014

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	13
1 Zur Einführung.....	17
1.1 Erkenntnisinteresse und leitende Fragestellungen.....	17
1.2 Wie entkoppelt sind die Parteien wirklich?.....	20
1.3 Parteien als Akteure auf lokaler Ebene	25
1.4 Zum Begriff der Verankerung.....	31
1.5 Anmerkungen zur Fallauswahl.....	33
2 Forschungsstand	39
3 Anmerkungen zum methodischen Zugang	47
3.1 Offene Forschungsgespräche	51
3.2 Freie teilnehmende Beobachtung	55
3.3 Interpretation	59
4 Zu den Begriffen Milieu und Netzwerk	65
4.1 Zum Milieubegriff.....	67
4.2 Zum Netzwerkbegriff.....	71
5 Frankfurt und Leipzig – Gemeinsame Vergangenheit, verschiedene Welten	77
5.1 Historische Wurzeln: Aufstieg zweier Wirtschaftsmetropolen	81
5.2 Phönix, Moloch, Green City: Frankfurts Leiterzählungen	84
5.3 Heldenstadt, Boomtown, Armutshauptstadt: Leipzigs Leiterzählungen.....	91
5.4 Gemeinsame Wurzeln, verschiedene Welten?	99

Vorbemerkung zu den Porträts.....	105
6 Die Metamorphose einer Milieupartei – Die LINKE in Leipzig.....	107
6.1 Leipzigs LINKE als „größter Stadtverband der Welt“	108
6.2 Von der SED zur PDS: Kader werden Kommunalpolitiker	110
6.3 Die LINKE und ihr Milieu: ein schrumpfender Machtfaktor.....	122
6.4 Die Metamorphose der ostdeutschen Milieupartei	147
6.5 Der schleichende Wandel der Leipziger LINKEN	166
7 Avantgarde im Elfenbeinturm – Die Grünen in Frankfurt am Main	171
7.1 Organisationsschwache Hochburg: Der Kreisverband der Grünen.....	172
7.2 Das Erbe der bewegten Jahrzehnte.....	174
7.3 Das grüne Urbanmilieu: Lebensqualität aus dem Ortsbeirat.....	187
7.4 Die kommunalpolitische Elite als Netzwerker?	217
7.5 Gibt es ein Grünes Leben jenseits der Kommunalpolitik?	235
8 Von der Honoratioren- zur Netzwerkpartei – Die Bündnisgrünen in Leipzig.....	239
8.1 Partei mit mageren Strukturen – Bündnis 90/Die Grünen in Leipzig.....	240
8.2 Grüne Honoratioren: Die Bürgerbewegung erobert das Rathaus	241
8.3 Bündnisgrüne werden Bildungsgrüne – Der Wandel zur Akademikerpartei	265
8.4 Bündnisgrüne Netzwerkpartei: den Fuß in allen Türen.....	277
8.5 Die Netzwerkpartei als städtisches Zukunftsmodell?.....	299
Exkurs: Die Grünen und ihre schwierige Jugend.....	303
9 Synergien durch Vielfalt oder lose verkoppeltes Chaos? – Die Frankfurter LINKE.....	313
9.1 Wildwuchs der Strukturen: die Frankfurter LINKE.....	315
9.2 Fünfzehn Jahre westwärts: die Frankfurter PDS 1990-2005	317
9.3 Wohngemeinschaft der schwierigen Charaktere – Zusammenleben unter dem Dach der LINKEN	324

9.4	Viele Beine und doch keinen Halt: die Verankerung der LINKEN in Frankfurt.....	336
9.5	Kaum Synergien und doch kein Chaos	380
10	Die Suche nach dem verlorenen Bürgertum – Die FDP in Frankfurt und Leipzig.....	385
10.1	Komplexe Strukturen, flache Hierarchien – Der organisatorische Aufbau der FDP Kreisverbände	388
10.2	Wandel und Zerfall zweier Bürgerstädte.....	393
10.3	Zwischen Offenheit und Clubcharakter – Das Binnenleben der Freidemokraten.....	414
10.4	Auf der Suche nach dem gesellschaftlichen Ankerpunkt.....	446
10.5	Verpasste Chancen einer außerparlamentarischen Erneuerung?	490
10.6	Liberaler ohne Bodenhaftung: Hilft eine Fundamentalerneuerung?	497
11	Analyse und Typenbildung	501
11.1	Charakterisierung der Lokalparteien auf Basis der Porträts	502
11.2	Die Vergleichende Analyse.....	508
11.3	Typen lokaler Verankerung der politischen Parteien	514
11.4	Die Ergebnisse dieser Arbeit im Spiegel anderer Lokalstudien	521
12	Die politischen Kulturen zweier Städte im Kontext der lokalen Öffentlichkeit.....	527
12.1	Frankfurt: von der Bewegungsmetropole zur institutionalisierten Stadt	527
12.2	Leipzig: eine kommunalpolitische Erfahrungsgemeinschaft.....	535
12.3	Die Frage der Öffentlichkeit: Wo ist der Ort der Lokalpolitik?	543
13	Resümee und Ausblick	555
	Literatur- und Quellenverzeichnis	567
	Anhang.....	613

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Parteien und lokale Verankerung	514
Tabelle 2:	Typen lokaler Verankerung politischer Parteien	518
Tabelle 3:	Mitgliederentwicklung der untersuchten Parteiverbände	613
Tabelle 4a:	Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt am Main (seit 1946)	614
Tabelle 4b:	Ergebnisse der Landtagswahlen in Frankfurt am Main (seit 1946).....	615
Tabelle 4c:	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Frankfurt am Main (seit 1949).....	616
Tabelle 4d:	Ergebnisse der Europawahlen in Frankfurt am Main (seit 1979).....	617
Tabelle 5a:	Ergebnisse der Stadtverordneten- und Stadtratswahlen in Leipzig (seit 1990)	617
Tabelle 5b:	Ergebnisse der Landtagswahlen in Leipzig (seit 1990).....	617
Tabelle 5c:	Ergebnisse der Bundestagswahlen in Leipzig (seit 1990).....	618
Tabelle 5d:	Ergebnisse der Europawahlen in Leipzig (seit 1994).....	618
Tabelle 6:	Verzeichnis protokollierter Veranstaltungen in Frankfurt am Main	619
Tabelle 7:	Verzeichnis protokollierter Veranstaltungen in Leipzig.....	620

Abkürzungsverzeichnis

AD	Arbeitslosendichte
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil Club
ADELE	Alternativ Denken und Leben (Die LINKE Sachsen)
ADFC	Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgemeinschaft
AGFA	Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation
AK	Arbeitskreis
AKW	Atomkraftwerk
ALG	Arbeitslosengeld
AMKA	Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Frankfurt)
Anm.	Anmerkung
APO	Außerparlamentarische Opposition
APRIL	Anti-Privatisierungs Initiative Leipzig
ARGE	Arbeitsgemeinschaft (Bundesagentur für Arbeit)
ARL	Antirassistische Liste (Frankfurt)
Attac	Association pour la taxation des transaction financières et pour l'action citoyen
AUA	Aktionsgemeinschaft Unmenschliche Autobahn (Frankfurt)
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAK	Bundesarbeitskreis (Die LINKE)
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik (historisch)
Bd.	Band
BIG	Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMW	Bayerische Motoren Werke
bspw.	beispielsweise
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CPUSA	Communist Party USA
CSD	Christopher Street Day
CSU	Christlich-Soziale Union
DDR	Deutsche Demokratische Republik

Ders.	Derselbe
DFF	Deutscher Fernsehfunk (DDR)
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
d. h.	das heißt
DIDF	Demokratin isci Dernegin Federasyonu (türkisch: Föderation Demokratischer Arbeitervereine)
Dies.	Dieselbe
DJ	Demokratie Jetzt
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DS	Demokratische Sozialisten
ebd.	ebenda
ehem.	ehemals
ELF	Europa Liste Frankfurt
etc.	et cetera
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
exemp.	exemplarisch
f. / ff.	folgende
FAG	Flughafen Ausbau-Gegner (Frankfurt)
FALZ	Frankfurter Arbeitslosen Zentrum
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
fds	Forum Demokratischer Sozialismus
FELIA	Frankfurter Erwerbslose in Aktion
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FFL	Forum Flughafen Leipzig-Halle
AG FIP	Arbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (LINKE Frankfurt)
FNP	Frankfurter Neue Presse
FR	Frankfurter Rundschau
FUM	Forum Urban Mobile (Leipzig)
FW(G)	Freie Wähler (Gemeinschaft)
GAZ	Grüne Alternative Zukunft
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GJ	Grüne Jugend
GLADT	Gays & Lesbians aus der Türkei
(G)mbH	(Gesellschaft) mit beschränkter Haftung
H.	Heft
HR	Hessischer Rundfunk
Hrsg.	Herausgeber / Herausgeberin

IAA	Internationale Automobil Ausstellung (Frankfurt)
IEL	Internationale EinwanderInnen Liste
I. G.	Interessengemeinschaft
IG	Industriegewerkschaft
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IHK	Industrie- und Handelskammer
insbes.	insbesondere
IPPNW	<i>International Physicians for the Prevention of Nuclear War</i>
Jg.	Jahrgang
KAV	Kommunale Ausländer- und Ausländerinnen-Vertretung (Frankfurt)
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschlands
KFZ	Kraftfahrzeug
KiTa	Kindertagesstätte
KMV	Kreismitgliederversammlung (Bündnis 90/Die Grünen)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung (Bündnis 90/Die Grünen Sachsen)
KZ	Konzentrationslager
JAV	Jugend- und Auszubildendenvertretung
JuLis	Junge Liberale
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft (Die LINKE)
LAGG	Leben und Arbeiten im Gallus und Griesheim (Frankfurt)
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LI-Z	Leipziger Internetzeitung
LN	Leipzigs Neue (Die LINKE)
LOHAS	Lifestyles of Health and Sustainability
LSKH	Lesbisch-Schwules Kulturhaus (Frankfurt)
LVZ	Leipziger Volkszeitung
MdB	Mitglied des Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlamentes
MdL	Mitglied des Landtages
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
m. E.	meines Erachtens
MIBRAG	Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NS	Nationalsozialismus
NVA	Nationale Volksarmee
o. a.	oben angeführt

o. J.	ohne Jahresangabe
o. O.	ohne Ortsangabe
o. V.	ohne Verfasser/in
ÖPF	Ökologische Plattform (Die LINKE)
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PKW	Personenkraftwagen
PPP	Public Private Partnership
PR	Public Relations
RuTiLuSt	Runder Tisch Leipziger unabhängiger Studentenclubs
S.	Seite
SäHO	Sächsische Haushaltsordnung
SB	Sozialistisches Büro (Offenbach)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDP	Sozialdemokratische Partei (DDR)
SDS	Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHIA	Selbsthilfegruppen Alleinerziehende
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StuRa	StudentInnenRat der Universität Leipzig
TZ	Transparente Zelle (Grüne Jugend Leipzig)
u. a.	und andere
u. a.	unter anderem
UFV	Unabhängiger Frauenverband
UFZ	Umweltforschungszentrum (Leipzig)
US(A)	United States (of America)
v. a.	vor allem
VCD	Verkehrs-Club Deutschland
VEB	Volkseigener Betrieb
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Vgl.	vergleiche
WASG	Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WE	Wahlergebnis
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (Hans-Böckler-Stiftung)
WVL	Wählervereinigung Leipzig
z. B.	zum Beispiel

1 Zur Einführung

Irgendwann ist der Griff der Parteien lockerer geworden. Noch vor mehr als einem Jahrhundert pressten sie beide Fäuste fest in das Erdreich der deutschen Gesellschaft, doch einen wirklichen Zugriff auf den überwölbenden Staat bekamen sie lange Zeit nicht. Das war Sache von Kaiser, Reichskanzler und Militär. Doch dann befreiten sie eine Hand, mit der sie nun Politik im Staate machen konnten, während die andere immer noch fest im Boden verwurzelt blieb. Auf Dauer wurde diese Haltung jedoch beschwerlich. Die Parteien mussten allerlei Verrenkungen machen, um unten den Bodenkontakt zu halten und oben im Staate zu regieren. Und so zogen sie, zunächst fast unmerklich, langsam, ganz langsam auch die andere Hand aus dem Untergrund hervor. Sie säuberten ihre Hände vom Schmutz des Erdbodens und wurden nun professionell, medientauglich, steril. Heute arbeiten die Parteien irgendwo in einer Sphäre weit oberhalb des Sedimentes der bundesrepublikanischen Lebenswelten. Sie werkeln nun, derart aus den Niederungen des sozialen Alltags befreit, emsig vor sich hin und machen Politik. Für das, was sich unterhalb der Grasnarbe abspielt, fehlt ihnen jedoch der Sinn. Sie spüren dieses Fundament nicht mehr und bauen dennoch Häuser darauf. Doch ziehen die kontaktlos gewordenen Parteien aus dem Erdreich keine Kraft, keine Ideen und keine Vitalität mehr, können immer weniger Wählerinnen und Wähler oder Mitglieder „von unten“ gewinnen. Ihnen droht eine personelle und geistige Verkümmern. Um im Sprachbild zu bleiben: Die Parteien kappten ihre Wurzeln in die Gesellschaft, aus der sie erwachsen sind und lösten sich aus der Leben spendenden Verankerung in ihrer sozialen Umwelt. Sie erscheinen am Beginn des 21. Jahrhunderts nahezu vollständig abgekoppelt, ohne eine nennenswerte Verbindung zur Welt ihres Ursprungs.

1.1 Erkenntnisinteresse und leitende Fragestellungen

Diese bildhafte und zugespitzte Darstellung deutet an, wie sich aus Sicht vieler Medienschaffender, Publizisten, aber auch der Wissenschaft die Situation der Parteien gegenwärtig darstellt. Sie scheinen distanziert und entkoppelt von den gesellschaftlichen Fundamenten, aus denen sie einst erwachsen sind. In dieser Arbeit möchte ich mich auf die Spurensuche danach begeben, wie es um die

Basis der politischen Parteien und um ihre gesellschaftliche Verankerung zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestellt ist. Dazu habe ich mehr als drei Jahre lang in den Städten Frankfurt am Main und Leipzig die Parteibasis von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und FDP untersucht. Ich wollte wissen: Welche Kontakte besitzen die politischen Parteien in die lokale Gesellschaft? In welcher Form sind sie in dieser verankert? Und wie versuchen Parteiakteure – wenn sie es denn tun – eine solche gesellschaftliche Verankerung aktiv herzustellen?

Diese Fragestellung berührt im Grunde zwei Sphären der parteilichen Tätigkeit: Die *erste Sphäre* ist nach außen, in die städtische Gesellschaft gerichtet. Die *zweite Sphäre* umfasst die binnenkulturellen Aktivitäten der lokalen Parteieinheiten. Denn diese, die Stammtische, Diskussionsveranstaltungen und Mitgliederversammlungen, dienen einerseits der Integration der eigenen Mitgliedschaft, besitzen andererseits aber nicht selten auch eine Öffentlichkeits- und Außenwirkungsfunktion.¹ Die Offenheit und Außengerichtetheit dieses Binnenlebens der Parteien, aber auch die Teilhabe von Nicht-Parteimitgliedern an diesem kulturellen Leben, können als bedeutende Indikatoren für die gesellschaftliche Verankerung der Parteien angesehen werden. Häufig sind sie an Anhänger und Interessierte gleichermaßen gerichtet, dienen der Selbstdarstellung und der Kommunikation von Inhalten an lokale Medien. Im Graubereich bewegen sich überdies Infostände, Kundgebungen und öffentliche Aktionen, die neben der Öffentlichkeitsfunktion auch die Binnenkohäsion durch gemeinsame Erlebnisse und gemeinsamen politischen Kampf für eine Sache stärken können.² Die Verschränkung beider Sphären ist also evident.³ Insofern können zwei Fragenkomplexe unter der zentralen Fragestellung subsummiert werden.

1. Bezogen auf die *Außenbeziehungen*: Wie verknüpfen lokale Parteiakteure ihre Parteiaktivität mit anderen Lebensbereichen und stellen auf diese Weise Kontakte in außerparteiliche Sphären her? Zu welchen Akteuren und wie aktiv suchen sie nach Verbindungen in solche Bereiche der lokalen Gesell-

1 Vgl. Helmke, Werner / Naßmacher, Karl-Heinz: Organisierte und nicht-organisierte Öffentlichkeit in der Kommunalpolitik, in: Frey, Rainer (Hrsg.): Kommunale Demokratie. Beiträge für die Praxis der kommunalen Selbstverwaltung, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 204 f.

2 Wie wenig sich die Wahlkampfforschung bislang dem Aspekt der Binnenwirkung von Wahlkämpfen und den sozialpsychologischen Aspekten der ehrenamtlichen Wahlkämpfer vor Ort gewidmet hat, zeigt der umfassende Literaturüberblick von Lewandowsky, Marcel: Landtagswahlkämpfe. Annäherung an eine Kampagnenform, Wiesbaden 2013, S. 28 ff. Dabei dürfte gerade der von Lewandowsky vermutete hohe Stellenwert lokaler „Mikrokampagnen“, die sich von den Kampagnen der Bundes- und Landesparteien abkoppeln, einen starken Einfluss auf die Binnenkohäsion und die Mitgliederidentifikation mit der Partei besitzen. Vgl. ebd., S. 321.

3 Vgl. Niedermayer, Oskar: Die Analyse einzelner Parteien, in: Ders. (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden 2013, S. 68.

schaft? Und umgekehrt: Welche außerparteilichen Akteure stellen wie Kontakt zu Parteien her? Welche Gestalt nehmen diese Beziehungen an? Welche Ergebnisse erwachsen aus ihnen (Politikumsetzung, Informationsaustausch, gemeinsame Projekte etc.)? Institutionalisieren und verstetigen sich bestimmte Beziehungen oder bilden sie nur lose Netzwerke und singuläre Kooperationen? Lassen sich aus den spezifischen Kontaktformen der einzelnen Parteien gewisse Muster der lokalen Verankerung herauslesen? Sind diese Kontakte von einzelnen Personen abhängig oder emanzipieren sich manche Beziehungen von ihren Initiatoren? Werden über diese Kontakte bestimmte gesellschaftliche Interessen in den (kommunal-)politischen Prozess eingespeist? Schließlich: Können solche Beziehungen eine Ressource für politische Parteien darstellen, die möglicherweise sogar eine schwache Mitgliederbasis bis zu einem gewissen Grade substituieren kann?

2. Bezogen auf die *Binnenkultur*: Welche Aktivitäten betreiben die Parteien? Wie sind sie im Inneren organisiert? Welche Möglichkeiten zur Partizipation und zur Eigeninitiative bieten sie Parteimitgliedern und, gegebenenfalls, auch außerparteilichen Akteuren? Inwiefern organisieren Parteien Räume für Geselligkeit, aber auch für inhaltliche Debatten und individuelle politische Gestaltung? Wer ist überhaupt Adressat ihrer Aktivitäten? Sind diese im Sinne eines *closed shop* stärker binnenorientiert, also auf die eigene Mitgliedschaft bezogen, oder auch nach außen geöffnet für Nicht-Mitglieder? Gibt es, jenseits der formalen Offenheit, distinktive Muster der Abgrenzung? Tragen Parteien ihre Aktivitäten nach außen, werben dafür – oder schotten sie sich von der städtischen Gesellschaft möglicherweise sogar ab?

Dieser Fragenkatalog begleitete mein Forschungsprojekt von Beginn an und wurde, mit Blick auf den Verlauf des Forschungsprozesses für dieses Einleitungskapitel punktuell ergänzt und präzisiert. Auf diese Weise können mögliche, den Fragestellungen implizite Vorannahmen transparent gemacht werden. Für den Forschungsprozess habe ich eine offene und explorative Herangehensweise gewählt, aus der folgt, dass sich aus dem ursprünglichen Fragenkatalog selbst sowie aus dem Verlauf der Forschungsarbeit weitere Fragestellungen ergeben, die bemerkenswerte Aspekte, die im Rahmen der Forschung aufgedeckt werden, Rechnung tragen und den Prozess somit lenken, ohne ihn von vorneherein allzu stark einzuzugrenzen. Gewisse Fragestellungen werden sich dabei als bedeutend herausstellen, andere werden im Verlauf der Forschung in den Hintergrund treten. Zum Ende dieser Studie sollen sowohl plausible Antworten und Deutungsangebote mit Bezug auf diese Fragen angeboten, als auch offene Problemfelder und Ansätze zur weiteren Forschung benannt werden.

1.2 Wie entkoppelt sind die Parteien wirklich?

Das Faktum einer Entkopplung von Parteien und Gesellschaft, die Herauslösung ersterer aus einer sozialen Verankerung, sind weitgehend Konsens innerhalb der Parteienforschung.⁴ Paradox wirkt diese Annahme jedoch, wenn man sich vergegenwärtigt, welche zentrale Rolle Parteien im staatlichen Entscheidungssystem nach wie vor spielen.⁵ Macht und Ohnmacht der Parteien scheinen also nah beieinander zu liegen. Das Phänomen von Bindung und Entkopplung werden in diesem Teilkapitel zunächst allgemein, also auch mit Blick auf die so genannten Großparteien diskutiert. Denn der Entkopplungsbefund stützt sich zumeist auf eine Trias des Niedergangs der Großparteien, welche die Destabilisierung der Wählerschaften, die Erosion der Mitgliederbasis und den Vertrauensverlust bei Bürgerinnen und Bürgern umfasst, wobei letzter Punkt auf Parteien im Allgemeinen zutrifft.⁶ Als Ursachen für diese Tendenzen werden vielfältige Aspekte diskutiert: die Auflösung sozialer Milieustrukturen im Zuge von (Werte-)Wandel in postindustriellen Gesellschaften und Individualisierung, der Anachronismus von Parteien in einer neuen Kultur der Partizipation, die Professionalisierung der Parteien und ihre ausschließliche Fixierung auf Wahlen, die Korruption der Parteipolitik durch Macht und Geld, die Bildung von Klüngeln und Patronagekomplexen auf allen politischen Ebenen oder schlicht die Inkompetenz der nationalen Politik, die Herausforderungen global verflochtener politischer Systeme zu lösen.⁷ Ursachen und Folgen dieses Entkopplungsprozesses sind

4 Vgl. u. a. Holtmann, Everhard: *Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder*, Bonn 2012, S. 237 ff.; Walter, Franz: *Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung*, Frankfurt am Main 2008, S. 7 ff.; Decker, Frank: *Parteiendemokratie im Wandel*, in: Ders. / Neu, Viola (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2007, S. 28ff.; Wiesendahl, Elmar: *Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion*, Wiesbaden 2006, S. 11 ff.; Poguntke, Thomas: *Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, Wiesbaden 2000; Beyme, Klaus von: *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu professionalisierten Wählerparteien*, Wiesbaden 2000, S. 104 ff., 144 ff., 197 ff.

5 Vgl. Helms, Ludger: *Gibt es eine Krise des Parteienstaates in Deutschland?*, in: Merkel, Wolfgang / Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*, Frankfurt am Main 1999, S. 448.

6 Vgl. Köcher, Renate (Hrsg.): *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie. Die Berliner Republik 2003-2009*, Bd. 12, Berlin / New York 2009, S. 208; ähnlich: Feist, Ursula: *Die Macht der Nichtwähler: Wie die Wähler den Volksparteien davonlaufen*, München 1994, S. 102 ff.

7 Eine Zusammenschau verschiedener Erklärungsansätze bieten u. a. Wiesendahl, Elmar: *Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien*, in: Mörschel, Tobias / Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*, Wiesbaden 2012, S. 135 ff.; Walter, 2008, S. 205 ff.; Biehl, Heiko: *Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation*, Wiesbaden 2005, S. 19 ff.; Poguntke, 2000, S. 49 ff.

dabei jedoch eng miteinander verwoben und kaum trennscharf voneinander abzugrenzen.

Bei der Erforschung dieses Phänomens verbleibt der wissenschaftliche Blick jedoch zumeist auf der Makroebene oder analysiert die Parteien auf Basis statistischen Datenmaterials. Somit haftet der Entkopplungsthese ein Forschungsdefizit an, welches Suckow bereits in den 1980er Jahren konstatierte:

„Inzwischen liegt eine Vielzahl von empirischen, theoretischen, biographischen und komparativen Arbeiten über politische Parteien vor. Dabei blieben aber die komplexen Beziehungsstrukturen, die sich an der Parteibasis – also zwischen lokaler Parteiorganisation, Parteimitglied und dem lokalen und sozialen Umfeld, in dem sie agieren müssen – herausgebildet haben, weitgehend unberücksichtigt, obwohl es sich hierbei um einen wesentlichen Aspekt der Organisationswirklichkeit politischer Parteien handelt.“⁸

Die Frage muss erlaubt sein: Weshalb blendet die politikwissenschaftliche Forschung die überaus naheliegende Betrachtung der unmittelbaren Beziehungen der untersten, örtlichen Organisationseinheiten der politischen Parteien zur sie umgebenden lokalen Gesellschaft nahezu vollständig aus? Holtkamp beschreibt diese Forschungslage treffend mit dem Paradoxon, dass die Parteienforschung zwar weitgehend national ausgerichtet ist und nicht in die „Niederungen der Kommunalpolitik“ hinabsteigt, andererseits aber eine Erneuerung der Parteien „von unten“ erhofft.⁹ Insofern scheinen sich, polemisch ausgedrückt, auch Teile der Parteienforschung von der lokalen Politik und den dortigen Parteien entkoppelt zu haben. Die Gründe für dieses Forschungsdefizit dürften vielschichtig sein: Gewiss erscheint die „große Politik“ im Hinblick auf die Medienträchtigkeit und Öffentlichkeitswirksamkeit als das interessantere Geschäft, da politische Entscheidungen auf höchster Ebene auch eine größere Reichweite besitzen. Auch sind generalisierbare und damit pointiertere Ergebnisse im Rahmen kleinteiliger Lokalforschung nicht unbedingt zu erwarten.

Problematisch ist diese Forschungslücke auch aufgrund des mit ihr einhergehenden Theoriedefizits¹⁰. Die Parteienforschung verfügt bislang kaum über

8 Suckow, Achim: Lokale Parteiorganisationen – angesiedelt zwischen Bundespartei und lokaler Gesellschaft, Oldenburg 1989, S. 1. Auch 2013 konstatiert Wiesendahl, dass „die gesellschaftliche und politische Systemumwelt“ im Vergleich zu binnenstrukturellen Betrachtungen „eine größere Beachtung finden könnte[n]“. Wiesendahl, Elmar: Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaft, in: Niedermayer, 2013, S. 23.

9 Vgl. Holtkamp, Lars: Erneuerung der Parteien „von unten“? Zum Verhältnis von Lokalparteien und Kartellparteien, in: Jun, Uwe u. a. (Hrsg.): Die Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen / Farmington Hills 2009, S. 231 f.

10 Zu dieser Debatte vgl.: Beyme, 2000, S. 14 ff.; Wiesendahl, Elmar: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Wiesbaden 1998, S. 11 ff.

Begriffe, die das Verhältnis von Gesellschaft und Parteien gegenwärtig beschreiben können. Die klassischen Hilfskonstruktionen, wie sozial(moralisch)e Milieus oder soziale Konfliktstrukturen, erweisen sich heute in ihrer Fähigkeit zur Beschreibung der Verankerung und der Bündelung von Kommunikations- und Interaktionsräumen durch ein klar konturiertes Institutionen- und Vereinswesen als begrenzt tauglich. Lange Zeit konnte das Konzept der Volks- oder Großparteien die gesellschaftliche Verankerung noch tragfähig umschreiben, die das Kernmilieu der Partei um ein Ausgreifen auf weniger parteigebundene Wählergruppen als Basis erweiterte. Die Volksparteien schienen durch ihre Mitgliederstärke, ihre Omnipräsenz von Ortsgruppen und lokalen Parteibüros keineswegs den gesellschaftlichen Kontakt verloren zu haben, eher schienen die Debatten um die –vielfach kritisierten Parteibuchwirtschaft¹¹ anzudeuten, dass es zu viel Einfluss der Parteien in manchen Sphären gebe.

Für Raschke fand mit dieser Volksparteientwicklung eine „Umstellung statt von Ideologie auf Markt“¹², womit der Entkopplungsprozess seinen Anfang nahm. Mit dem weiteren Schrumpfen der Kernmilieus begann Ende des 20. Jahrhunderts ein bis heute anhaltender Erosionsprozess der volksparteilichen Basis und auch etablierte Beziehungsnetzwerke wie zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie oder zwischen Unionsparteien und Kirchen bestehen heute oft nur noch in Rudimenten. Die Parteienforschung konstatiert den Zerfall des volksparteilichen Verankerungsmodells, wofür die theoretischen Modelle von Milieu und Cleavage heute nur noch als Negativfolie zur Anschauung der Degeneration der Partei-Gesellschaft-Beziehung in der postmodernen Ära dienen.

Raschke hat aus dieser Entwicklung seine Schlüsse gezogen und spitzt zu: Die gesellschaftliche Verankerung sei durch eine staatliche ersetzt worden.¹³ Damit seien die Parteien an ihre Wurzeln zurückgekehrt, denn als Milieuparteien hätten sie Zusatzfunktionen wie die „Sprachrohr der Gesellschaft“, „politische Heimat für das Milieu“ oder Ort „innerparteiliche[r] Demokratie für Partizipationserwartungen“ zu sein, übernommen. Ihre staatlich-elektoralen Kernfunktionen hätten sie darüber vernachlässigt.¹⁴ Durch die Entkopplung von Parteien und Gesellschaft ergebe sich, so Raschke, ein Dualismus von Parteienstaat und Zivil-

11 Vgl. Hennis, Wilhelm: Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates, in: Krockow, Christian Graf von (Hrsg.): Brauchen wir ein neues Parteiensystem?, Frankfurt am Main 1982, S. 28 ff.

12 Vgl. Raschke, Joachim: Die Zukunft der Volksparteien erklärt sich aus ihrer Vergangenheit. Minimalismus und Konflikte mit der Zivilgesellschaft, in: Bartels, Hans-Peter / Machnig, Matthias (Hrsg.): Der rasende Tanker. Analysen und Konzepte zur Modernisierung der sozialdemokratischen Organisation, Göttingen 2002, S. 14.

13 Vgl. Raschke, 2002, S. 18.

14 Vgl. ebd., S. 21.

gesellschaft.¹⁵ Diese Perspektive negiert jedoch die, gerade in Deutschland lange Zeit zentrale Bedeutung der Parteien als gesellschaftliche Integrationskräfte zu Zeitpunkten, als Zugriffe auf die staatliche Macht noch gar nicht möglich waren. Zu vereinfacht stellt sich auch die Dualismus These dar, die Parteien als Teil des Staates ansieht und die Gesellschaft nur als Konterpart betrachtet, auch wenn gewisse Tendenzen bürgerschaftlichen Protestes dafür zu sprechen scheinen. Diese These könnte zudem als eine Rechtfertigung missbraucht werden, die politologische Forschungsneigung auf Parteiliten statt auf die lokale Basis zu konzentrieren. Denn dort, wo Parteien und Gesellschaft vorgeblich und legitimierweise nichts mehr miteinander zu tun haben, da kann auch eine Separierung ihrer Erforschung erfolgen. Die in staatlichen Institutionen und Bürokratie aufgegangenen Parteien könnten somit getrost von ihrem Kopf her analysiert werden, die Gesellschaft müsste nur noch als distanzierter Vetospieler in Betracht gezogen werden. Die vorliegende Arbeit will versuchen, Parteien als ein Element *innerhalb* einer modernen, pluralistischen Stadtgesellschaft zu begreifen und sie auch als solche zu analysieren.

Die Forschungslücken und Theoriedefizite stellen sich mit Blick auf die in der vorliegenden Arbeit zu untersuchenden kleinen Parteien besonders dar. Denn insgesamt wurden – anders als bei Großparteien – bislang nur wenige Erkenntnisse über die Gestalt der unmittelbaren Gesellschaftsbeziehungen dieser Parteien im lokalen Raum vorhanden. Auch theoretische Modelle zur Beschreibung dieser Verankerung existieren nur ansatzweise: Die FDP verharrt auf dem Status der überkommene Honoratiorenpartei.¹⁶ Ansätze wie die Bewegungspartei oder die ideologische Rahmenpartei zur Beschreibung der Grünen wurden kaum weiterentwickelt.¹⁷ Und die PDS bzw. Die LINKE erhielt in den zwanzig Jahren ihrer Existenz bereits derart abstrus viele Zuschreibungen¹⁸, dass der analytische Gehalt oft nur darin gesehen wird, dass sie „von allem etwas“ sei.¹⁹ Die gesellschaftliche Verankerung der eher mitgliederschwachen und bei bundesweiten Wahlen meist im Fünf- bis Fünfzehn-Prozent-Korridor verharrenden Kleinparteien blieb jedoch insgesamt eher unterbelichtet. Doch zeigen die elektorale Konstanz der PDS im Osten, die dramatischen Schwankungen der FDP bei Wah-

15 Vgl. ebd., S. 22 f.

16 Vgl. Lösche, Peter / Walter, Franz: Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Wiesbaden 1996, S. 127 ff.

17 Vgl. Raschke, Joachim: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 131 ff., 499 ff.

18 Vgl. Gerth, Michael: Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess, Hamburg 2003, S. 27 ff.

19 Vgl. Pollach, Günter u. a.: Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, Opladen 2000, S. 102.

len und der fulminante Aufstieg von Bündnis 90/Die Grünen in den Jahren 2010 und 2011, dass es durchaus Bedarf gibt, dem gesellschaftlichen Fundament dieser Parteien größere Aufmerksamkeit zu widmen, denn allein die Schwäche der Großparteien dürfte als Erklärung hierfür kaum hinreichen.

Insgesamt bleibt also offen, wie sich heute die Beziehungen von Parteien und Gesellschaft auf der lokalen Ebene gestalten, wo Parteiaktive, Aktive der „Zivilgesellschaft“ und andere Bürgerinnen und Bürger unmittelbar zusammen treffen. Dennoch muss eine Analyse, die die Frage nach diesen Beziehungen beantworten will, die gegenwärtige Situation auch im Lichte der vergangenen Milieuverankerung und ihrer Entstehungsprozesse betrachten. Denn nichts verschwindet spurlos, historische Pfadabhängigkeiten sind meist erkennbar, Traditionsüberhänge und Rudimente existieren fort oder bilden neue Formen heraus. Was erwächst also aus den vergehenden Formen in dem Sinne, dass diesen Wandlungen nicht allein ein destruktiver Gehalt, eine Erosion, zugeschrieben werden kann, sondern auch schöpferische Elemente neuartiger Beziehungsmuster darin angelegt sein könnten?

Dazu dürfte es hilfreich sein, den Blick wieder stärker auf die lokalen Wurzeln der Parteien zu richten und die Basis, das Agieren der Parteiakteure vor Ort, genauer zu betrachten, um zu neuen Modellen und Begriffen davon zu kommen, wie sich die Beziehung zwischen Parteien und Gesellschaft heute gestaltet. Damit wird auch die Parteiensoziologie dazu gedrängt, sich wieder stärker auf ihre explorativen Wurzeln zu besinnen und mittels Feldforschung und Inspektion Erkenntnisse und Hypothesen zu generieren, wie sie es schon in ihrer Pionierzeit getan hat. Nur im Verbund von Parteiethorie, quantitativ-statistischer Analyse und explorativer Erforschung der Parteien an ihrer Basis wird sich letztlich ein klareres Bild von der Gegenwart der Parteien zeichnen lassen, können neue Theoriekonzepte entdeckt und weiterentwickelt werden.²⁰ Wiesendahl dürfte wohl auch die vorliegende Arbeit kritisch betrachten, wenn er einem Großteil der „monographisch-faktenhuberischen ‚Drauflos‘-Forschung“ unterstellt, sie würde ohne „jeglichen theoretischen Bezug oder einer irgendwie theoretisch hergeleiteten Fragestellung“ operieren.²¹ Tatsächlich demonstrieren die aufgezeigten Empirie- und Theoriedefizite jedoch, dass im Grunde die Basis zu einer theoriegeleiteten Erforschung der Partei-Gesellschafts-Beziehungen fehlt, wenn nicht einfach nur vom Verfall überkommener Bindungen der Großparteien geschrieben

20 Insofern könnten aus der Empirie neue Theoriekonzepte mittlerer Reichweite, die sich zwischen Arbeitshypothesen und „allumfassenden“ Großtheorien bewegen, erschlossen werden, wie dies Glaser und Strauß im Rahmen ihrer Grounded Theory propagieren. Vgl. Glaser, Barney / Strauß, Anselm L.: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung, Bern 1998, S. 42.

21 Vgl. Wiesendahl, 1998, S. 16 f.

werden soll. Die mühsame Arbeit in den Niederungen der Lokalpolitik dürfte dazu führen, dass, ähnlich einem Mosaik, Stück für Stück Erkenntnisse zu einem größeren Bild zusammengetragen werden können. Die vorliegende Studie will einen Teil dazu beitragen.

1.3 Parteien als Akteure auf lokaler Ebene

Vor beinahe vierzig Jahren konstatierte Lehbruch die Janusköpfigkeit örtlicher Parteiorganisationen. Einerseits blickten sie auf die lokale Politik und mühten sich, den verbreiteten Anti-Parteien-Affekt im Kommunalen zu bedienen. Sie verleugneten ihre Parteilichkeit und gäben sich „parteilos“. Andererseits seien sie, mit Blick auf die Landes- oder Bundespolitik, dazu gezwungen, Wählerinnen und Wähler nach „spezifisch parteipolitischen Kriterien“ zu mobilisieren.²² Auch wenn sich diese Feststellung primär auf Klein- und Mittelstädte bezieht und in Großstädten eine stärkere Parteipolitisierung der Kommunalpolitik festzustellen ist, bleibt die merkwürdige Zwitterstellung der Parteien auf Lokalebene bestehen. Diese ergibt sich jedoch nicht allein aus der Gegensätzlichkeit von Kommunal- und Landes- bzw. Bundespolitik, sondern auch aus der Mittelposition zwischen lokaler Gesellschaft und höheren Parteiebenen sowie staatlichen Institutionen. Parteien spielen in den Städten und Gemeinden zwar das etwas andere parlamentarische Spiel der kommunalen Politik mit und sind dabei, vor allem in Großstädten, häufig Monopolisten in den Räten. Andererseits bewegen sie sich aber auch in der Sphäre der Gesellschaft, wo sie in der Tat vielfältigen anderen Akteuren aus Vereinen, Verbänden oder Initiativen begegnen. Politik spielt sich also nicht allein im kommunalen Institutionengefüge ab, sondern auch in der lokalen Gesellschaft. Der Begriff Kommunalpolitik soll im Folgenden nur die engere Sphäre der institutionellen Politik in Rat und Verwaltung bezeichnen, während sich politische Prozesse auch außerhalb dieser abspielen.

Darin ist bereits zu erkennen, dass der Entkopplungsbefund in seiner Eindeutigkeit und auf Basis der bislang vorliegenden Empirie mindestens angreifbar ist. Denn weshalb sollten sich die Parteienheiten im lokalen Raum in nennenswerter Distanz zu ihrer Umwelt befinden? Lokale Parteiakteure, so die Annahme, können keinesfalls in gleicher Weise von den alltäglichen Lebenswelten vor

22 Vgl. Lehbruch, Gerhard: Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunale Politik und das lokale Parteiensystem [zuerst erschienen 1975], in: Köser, Helmut (Hrsg.): Der Bürger in der Gemeinde. Kommunalpolitik und politische Bildung, Bonn 1979, S. 330. Die Begrifflichkeit des „Januskopfes“ geht zwar auf Lehbruch zurück, doch ist das dahinterstehende Phänomen bereits Jahre zuvor von der Soziologin Benita Luckmann beschrieben worden. Vgl. Luckmann, Benita: Politik in einer deutschen Kleinstadt, Stuttgart 1970, S. 190.

Ort abgeschnitten sein, wie dies auf das politische Führungspersonal in Berlin oder in den Landeshauptstädten zutreffen dürfte. Im Gegensatz zu Spitzenpolitikerinnen und -politikern können lokale Parteiakteure, auch Ratsmitglieder – in den Worten Max Webers – zwar *für*, aber keineswegs *von* der Politik leben.²³ Die Gelder zugunsten ehrenamtlich tätiger Mandatsträger auf kommunaler Ebene stellen in den meisten Bundesländern kaum mehr als eine Aufwandsentschädigung dar und können ein anderweitiges Einkommen nicht ersetzen.²⁴ Lokale Parteiakteure sind also keine Berufspolitiker, denen ohne Weiteres das Abdriften in Parallelwelten unterstellt werden kann. Sie sind Bankkauffrauen, Anwälte, Zahnärztinnen, Studenten, Lehrerinnen, Verwaltungsangestellte oder Rentner. Seltener sind sie Arbeiter und Arbeitslose. Doch sind sie auch Kunden, Patientinnen, Nutzer öffentlicher Infrastruktur, Antragstellerinnen, Vereinsmitglieder, Arbeitskollegen, Nachbarn. Einfache Parteimitglieder, lokale Funktionäre oder Stadträtinnen treten im lokalen Raum in sehr verschiedenen Rollen auf. Damit sind sie auch in die Lebenswelten von Menschen außerhalb der Parteien eingebettet, verkehren und kommunizieren mit ihnen. Sie sind damit in der Lage, eine „dauerhafte Beziehung zur Wählerumwelt“ herzustellen.²⁵

Für Parteimitglieder im lokalen Raum kann also mitnichten das gleiche Maß an politischer Professionalisierung und lebensweltlicher Entfremdung behauptet werden wie für die Mandatsträger auf höheren Ebene, für Kabinettsmitglieder oder für Mitarbeiterinnen in der Ministerialbürokratie bzw. in den Parteizentralen. Was bedeutet das jedoch für die Binnenintegration der Partei? Holtkamp erkennt eine „Entkoppelung“ der Ortsparteien von den höheren Organisationsebenen.²⁶ Was dieser binnenorganisatorische Entkopplungsprozess jedoch bedeutet, bleibt unsicher. Denn einerseits kommunizieren die Parteispitzen heute über die Massenmedien direkt mit den Bürgerinnen und Bürgern, was erhebliche Veränderungen in der politischen Kommunikations- und Transmissionsfunktion der Parteien²⁷ und in der Rolle der Parteibasis in diesem Prozess nach sich ziehen dürfte. Andererseits geht die Parteienforschung davon aus, dass eine starke Verankerung im so genannten „vopolitischen Raum“ durchaus als Gradmesser für elektoralen Erfolg herangezogen werden kann und dass diese Verankerung auch

23 Vgl. Weber, Max: *Politik als Beruf*, Stuttgart 1992, S. 16.

24 Vgl. Reiser, Marion: *Zwischen Ehrenamt und Berufspolitik. Professionalisierung der Kommunalpolitik in deutschen Großstädten*, Wiesbaden 2006, S. 108 ff.

25 Vgl. Decker, Frank / Oeltzen, Anne-Kathrin: *Mitgliederpartei oder professionelle Wählerpartei: Ein Widerspruch?*, in: Schalt, Fabian u. a. (Hrsg.): *Neuanfang statt Niedergang – die Zukunft der Mitgliederparteien*, Münster 2009, S. 265.

26 Vgl. Holtkamp, 2009, S. 244.

27 Vgl. Sarcinelli, Ulrich: *Parteien und Politikvermittlung: Von der Parteien- zur Mediendemokratie?*, in: Ders. (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*, Bonn 1998, S. 281 ff.

den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht.²⁸ Die Problematik der Kopplung von Parteiebenen soll im Rahmen dieser Studie zwar nicht zielgerichtet beantwortet werden, da der Fokus zuvorderst auf der gesellschaftlichen Einbettung von Parteien liegt. Gleichwohl wird die Frage nach den bedeutenden Mittler-, Transmissions- und Selektionsfunktionen, die Parteien in ihrer Stellung zwischen Gesellschaft und staatlichen Institutionen einnehmen²⁹, auch nicht systematisch ausgeblendet und tritt in der Empirie häufig hervor.

Primär werden in dieser Arbeit die lokalen Parteieinheiten als organisatorisches Fundament für eine gesellschaftliche Verankerung betrachtet. Denn die Mitgliederorganisation Partei existiert, wie Wiesendahl mit Recht anmerkt, einzig auf der Orts- und Gemeindeebene.³⁰ Es sind die – im weitesten Sinne – aktiven Parteimitglieder, die Kontakte in die lokale Gesellschaft knüpfen und somit der Garant für die lokale Verankerung der Parteien sind. Damit muss die Frage nach der Mitgliederbasis aus einer anderen Perspektive erneut gestellt werden. Mitglieder bilden – insbesondere für die klassischen Mitgliederparteien CDU, CSU und SPD – eine bedeutsame Ressource. Neben dem finanziellen Sockel der Mitgliedsbeiträge und personellen Leistungen, wie in der Wahlkampf- und Kampagnenführung, nehmen sie eine wichtige Multiplikatoren- und Botschafterfunktion nach außen wahr.³¹ Es sind überwiegend die aktiven Basismitglieder, weit seltener die passiven, die dieser Aufgabe nachkommen, da sie deutlich häufiger auch in außerparteilichen Arenen partizipieren.³² Allein aus diesem Aufgabenkatalog heraus erscheinen Modelle, die sich Parteien als Eliteorganisationen ohne Mitgliederbasis vorstellen³³, für die Parteien selbst als nicht erstrebenswert.

28 Vgl. Biehl, Heiko: Soziale Entwurzelung und Repräsentationsverlust der Parteien, in: Jun, Uwe u. a., 2009, S. 123 f.

29 Alemann, Ulrich von: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 213 f.

30 Vgl. Wiesendahl, 1998, S. 225.

31 Im Austausch dafür erhält die Basis von der Mitgliederpartei Gratifikationen wie exklusive Mitbestimmungsrechte und individuelle Karrierechancen. Vgl. Wiesendahl, 2006, S. 21. Jedoch erschöpfen sich diese Gratifikationen mutmaßlich nicht in diesen Punkten. So dürften auch exklusive Informationsleistungen, eine gewisse Infrastruktur sowie die Etablierung sozialer Netzwerke und Geselligkeit zu den Gratifikationen zugunsten der Mitglieder gehören.

32 Vgl. Gabriel, Oscar W.: In welchen Arenen spielen sie? Außerparteiliche Partizipation und Politikerkontakte von Parteimitgliedern, in: Walter-Rogg, Melanie / Ders. (Hrsg.): Parteien, Parteiliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden 2004, S. 71, S. 85 f.

33 Diese Thesen sind in unterschiedlichen Konzepten aufgegriffen und diskutiert worden, unter anderem unter den Namen *Kartellpartei* oder *Professional Election Party*. Vgl. Katz, Richard S. / Mair, Peter: Changing Models of Party Organization and Party Democracy. The Emergence of the Cartel Party, in: Political Parties, H. 1, 1995 (1. Jg.), S. 5 ff.; Panebianco, Angelo: Political Parties. Organization and Power, Cambridge 1988.

Mitglieder besitzen also eine kaum zu ersetzende strategische Funktion.³⁴ Dennoch scheint die Frage geboten, was ihr „schleichendes Siechtum“ oder eine auf niedrigem Niveau stagnierende Mitgliedschaft für „eine lebendige Anbindung der Parteien an die Gesellschaft“ bedeuten dürfte.³⁵ Dies erscheint besonders mit dem Blick auf so genannte „kleine“, also mitgliederschwache Parteiorganisationen wie die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die westdeutsche LINKE interessant, die nicht in gleichem Ausmaß auf die Ressource Mitglied zurückgreifen können wie CDU, CSU und SPD. Somit bleiben bezüglich dieser „kleinen“ Parteien weitere Fragen offen, die die gesellschaftliche Verankerung über die eigene Mitgliederbasis betreffen.

Von Parteistrategen der großen Parteien werden im Hinblick auf die Mitgliederbasis Erneuerungsversuche vorgeschlagen. Dabei werden auch die Netzwerkpotenziale der Parteiaktivitas diskutiert. So empfiehlt beispielsweise der frühere SPD-Generalsekretär Karl-Heinz Blessing die Aufgabe stabiler Organisationsbeziehungen zugunsten punktueller und projektspezifischer Kooperationen.³⁶ Der CDU-Lokalpolitiker Fabian Schalt plädiert dafür, Netzwerke zu einem festen Bestandteil der Parteiarbeit vor Ort zu machen, um somit wieder Zugriff auf den öffentlichen Raum zu erhalten.³⁷

„Netzwerke können dadurch den Parteien dabei helfen, eine Renaissance der Verankerung im vorpolitischen Raum zu erreichen. Zum Beispiel, weil auch Sympathisanten für eine Partei wichtige Brücken in die Gesellschaft bauen und vor Ort Multiplikatoren sein können. Zum anderen erreicht man durch flexible Partizipationsangebote an sympathisierende Nichtmitglieder im Erfolgsfall zumindest eine lose Anbindung [...]. Und eine lose Anbindung ist der erste Schritt, um später eventuell in einem zweiten Schritt die Schwelle bzw. Hürde ‚Parteimitgliedschaft‘ zu überspringen.“³⁸

Daher scheinen auch lose, sich im Informellen abspielende Kontakte zwischen lokalen Parteieinheiten und anderen Akteuren der lokalen Gesellschaft von Parteivertretern selbst zum Bestandteil der Strategie gesellschaftlicher (Wieder-)Verankerung erklärt zu werden. Gerade im lokalen Raum könnten solche losen Kooperationsformen zur gesellschaftlichen Anbindung der Parteien beitra-

34 Vgl. Detterbeck, Klaus: Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien, in: Schmid, Josef / Zolleis, Udo (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 63 ff.

35 Vgl. Wiesendahl, Elmar: Die Zukunft der Parteien, in: Gabriel, Oscar W. u. a. (Hrsg.): Parteidemokratie in Deutschland, 2., aktualisierte Auflage, Bonn 2001, S. 610.

36 Vgl. Blessing, Karl-Heinz: Abschied von der Mitgliederpartei. Die Zukunft liegt in punktuellen und themenbezogenen Allianzen, in: Bartels / Machnig, 2002, S. 91 ff.

37 Vgl. Schalt, Fabian: Netzwerke als zentraler Bestandteil von Parteiarbeit: Warum die Rückkehr der Parteien in den vorpolitischen Raum nicht unmöglich ist, in: Ders. u. a., 2009, S. 363.

38 Ebd., S. 365.

gen. Im Rahmen dieser Studie soll herausgearbeitet werden, ob und in welcher Weise die untersuchten Ortsparteien diese Optionen nutzen.

Schließlich bleibt noch eine letzte, aber durchaus elementare Frage im Rahmen dieses einleitenden Kapitels zu beantworten: Welche Bedeutung hat eine wie auch immer geartete lokale Verankerung für politische Parteien? Schon im Hinblick auf die wichtige Multiplikatorfunktion von Mitgliedern ist eingewandt worden, eine professionelle und massenmedial orientierte Partei benötige möglicherweise nicht mehr unbedingt eine aktive Mitgliederbasis als Botschafter in die Außenwelt. Werden letztlich sogar die Störungspotenziale des Regierungs- und Parteihandelns durch innerparteiliche Demokratieprozesse einbezogen, so ist es nicht weit her mit Konzepten, die sich eine professionalisierte „Fraktionspartei“³⁹ oder eine über das Internet mit der Gesellschaft rückgekoppelte Netzwerkpartei⁴⁰ vorstellen. Tatsache ist: Die Quantität der lokalen Kontakte ist an sich kaum erfassbar und ihre Qualität in keiner Weise messbar. Die unmittelbare Übersetzung einer spezifischen Form oder des Ausmaßes lokaler Verankerung in Wählerstimmen dürfte ohnehin nicht möglich sein. Jedoch deutet die hohe Mobilisierungskraft der alten Milieus, aber auch die enorm politisierende Kraft der Volksparteien in ihren Glanzzeiten zumindest plausibel an, dass tief in der Gesellschaft verankerte Parteien auch eine hohe Wählermobilisierung erreichen. Auch dass ihre öffentliche Präsenz ihre Akzeptanz und Legitimität steigern könnte, ist denkbar.

Dennoch: Diese Studie wird keine schnittmusterartigen Lösungen für die Parteienkrise liefern. Sie strebt dies auch nicht an. Sie zielt darauf ab, ein zeitgenössisches Bild der Beziehung zwischen Parteibasis von Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE und FDP und lokaler Gesellschaft zu zeichnen. Überdies erhoffe ich mir von dieser Studie, dass sie einen ersten Ansatz zur Erweiterung des wissenschaftlichen Diskurses um den Aspekt der lokalen Verankerung von Parteien darstellt. Zudem könnte diese Arbeit auch Impulsgeber für die parteipolitische Praxis vor Ort sein. Möglicherweise bietet die exemplarische Darstellung tatsächlich Anregungen und Ansätze für eine Revitalisierung der Parteien von unten, diesmal jedoch nicht auf abstrakt theoretischer, sondern empirisch-konkreter Grundlage.

Aus diesem Grunde scheint es mir auch geboten, die normative Prämisse, die dieser Arbeit zugrunde liegt, transparent zu machen. Denn abseits des wissenschaftlichen Erkenntnisinteresses beruhte die Forschungsarbeit von Anbeginn auf der Annahme, dass die lokale Präsenz von Parteien einer Demokratie und

39 Vgl. Radunski, Peter: Fit für die Zukunft? Die Volksparteien vor dem Superwahljahr 1994, in: Sonde, H. 4, 1991 (22. Jg.), S. 3 ff.

40 Vgl. Machnig, Matthias: Auf dem Weg zur Netzwerkpartei, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, H. 11, 2000 (47. Jg.). S. 654 ff.

ihrer politischen Kultur keineswegs abträglich ist. Aus meiner Sicht ist es wünschenswert, dass politische Parteien im lokalen Raum sichtbar sind und dass ihr Aktiven in unmittelbarem Kontakt mit anderen Menschen vor Ort, an den Orten der Arbeit, der Freizeit, der Kultur, des Konsums oder der Geselligkeit, personell wie strukturell gesichert ist. Problematisch sind in umgekehrter Perspektive folglich ein *personeller* Rückbau im Sinne eines Nicht-Vorhandenseins von Parteimitgliedern, die sich als solche zu erkennen geben und öffentlich auftreten, sowie ein *struktureller* Rückbau, also ein Verschwinden von Kontaktstellen und Kommunikationsräumen, wie Bürgerbüros oder Stadtteilläden, d. h. einer Infrastruktur der Parteienpräsenz vor Ort. Parteien sollten als bedeutende Organe der politischen Willensbildung ihre Präsenz im Lokalen besitzen und dort mit anderen Akteuren im Rahmen des Gemeinwesens soziale Konflikte zum Ausdruck bringen und in befriedete politische Prozesse überführen. Lokale Parteiorganisationen sollten auch ihre Übermittlungsfunktion in den Staat weiterhin erfüllen, sie sollten als Sinnesorgane aufnehmen, was sich in der Gesellschaft dieser Republik abspielt und es an die parteipolitisch besetzten staatlichen Institutionen herantragen. Auch sollten sie Vitalität und Kreativität aus den gesellschaftlichen Kontakten schöpfen und helfen, den kommunalen Raum zu einem lebendigen Gemeinwesen zu gestalten. Deshalb wird im Rahmen dieser Studie immer wieder in den Mittelpunkt gestellt, wo eine solche Verankerung mutmaßlich – natürlich auch auf Basis meiner Interpretation der vorliegenden Empirie – gelingt.

Diese Prämisse steht naturgemäß im Widerspruch zu vielfach geäußerten Parteienskepsis im Lokalen die Zustimmung.⁴¹ So stellt sich Holtkamp gegen eine Parteipolitisierung der kommunalen Ebene, da sie die ohnehin eingeschränkten Spielräume kommunalpolitischen Handelns durch die Besetzung parteilicher Vetopositionen begrenze. Insofern plädiert Holtkamp für ein konkordanzdemokratisches Modell mit starker exekutiver Führerschaft und schwachen inhaltlichen Gegensätzen für ein effizientes Durchregieren in den gestaltbaren Politikfeldern.⁴² Hinzu käme, dass auch die Instrumentalisierung direktdemokratischer Elemente durch die kommunale Opposition weiteres Blockadepotenzial beinhalte. Zusammengenommene befördere somit eine Konkurrenz der Parteien die politische Ineffizienz, was wiederum ein Anwachsen der

41 Auf diese Tradition verwiesen haben u. a. Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz: Kommunalpolitik in Deutschland, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2007, S. 25 ff.; Holtmann, Everhard: Parteien und Wählergruppen in der Kommunalpolitik, in: Gabriel u. a., 2001, S. 406 ff. Eine umfassende Übersicht über die rechtswissenschaftliche und politologische Debatte um die kommunale Selbstverwaltung auch historischer Perspektive liefert Holtkamp, Lars: Kommunale Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Parteien und Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie, Wiesbaden 2008, S. 50 ff., zusammenfassend S. 90 ff.

42 Vgl. Holtkamp, 2008, S. 272 ff.

parteilpolitischen Verdrossenheit nach sich ziehe.⁴³ Holtkamps Betrachtung bezieht sich vornehmlich auf die Politik hinter den Rathausportalen und weniger auf Parteien als außerparlamentarische lokale Akteure. Beide normativ unterlegten Ansätze, der Holtkamps sowie mein eigener, sollen nach Darstellung der empirischen Ergebnisse dieser Arbeit in den beiden abschließenden Kapiteln noch einmal aufgegriffen und kritisch auf den Prüfstand gehoben werden.

Zunächst gilt jedoch: Politik im lokalen Raum darf und sollte nach meiner Auffassung auch Parteipolitik sein, womit die Präsenz von Parteien als *eines* Akteurs der politischen Willensbildung *unter anderen* auch im Lokalen bejaht wird. Besonders hier wird jedoch darauf zu achten sein, wie Parteien andere lokale Akteure einbinden und welche Beziehung sie zu diesen aufbauen. Denn auf der lokalen Ebene ist das Parteienprivileg in Fragen der politischen Willensbildungsprozesse schon aus rechtlicher Perspektive begrenzt. Hier können die Parteien in höchstem Maße von der Informiertheit, der Expertise, Ortskenntnis und den Sozialkontakten anderer, nicht parteipolitischer organisierter Akteure profitieren. Auch aus demokratietheoretischer Perspektive wird eine Dominanz der Parteien im Lokalen skeptisch beurteilt. Denn eine gesellschaftliche Verankerung von Parteien kann, diese Auffassung teile ich mit Ulrich Beck, nicht durch eine Monopolisierung des Politischen durch die Parteien erfolgen.⁴⁴ Parteien sind zwar unverzichtbarer Bestandteil des politischen Prozesses, doch sie kooperieren und konkurrieren bisweilen mit anderen Akteuren. Auch dadurch kommt ihre gesellschaftliche Verankerung zum Ausdruck.

1.4 Zum Begriff der Verankerung

Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien wird jedoch nicht nur im Rahmen dieser Arbeit, sondern auch vom Großteil der Parteienforschung und Demokratietheorie und nicht zuletzt von den Parteien selbst als etwas Erstrebenswertes betrachtet. Sie ist ein zu bewahrender bzw. (wieder-)herzustellender Zustand. Der Begriff selbst wird dabei jedoch häufig gar nicht reflektiert. Bei Versuchen, den Begriff greifbar bzw. im Rahmen quantitativer Forschung operationalisierbar zu machen, herrschen weitgehende Unklarheit und Uneinigkeit darüber, wie gesellschaftliche Verankerung wissenschaftlich zu erfassen ist. Verankerung wird beispielsweise am Wählerzuspruch zu einer Partei oder an der

43 Vgl. ebd., S. 288.

44 Vgl. Beck, Ulrich: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main, 1993, S. 156.

Repräsentation sozialstatistischer Gruppen innerhalb der Parteimitgliedschaften⁴⁵ festgemacht. Allerdings dürften diese Indikatoren eher ein Ausdruck gesellschaftlicher (Nicht-)Verankerung sein, als ein Kernelement dieser. Am elaboriertesten ist noch das so genannte Linkage-Konzept, welches die Rückbindung der Elitenpolitik an die Bürgerpräferenzen zum Ausgang der Definition nimmt.⁴⁶ Die Vermittlung kann dabei auf vier verschiedenen Wegen erfolgen: über die eigene Mitgliederorganisation, über so genannte kollaterale Organisationen (Verbände, Gewerkschaften), über neue soziale Bewegungen oder über die Massenmedien.⁴⁷ Da Parteien jedoch eine Präferenz für stabile Umweltbeziehungen besäßen, stünden ihnen die traditionellen Interessenorganisationen näher als eher fluide soziale Bewegungen, weshalb vorrangig Kontakte zu ersteren unterhalten würden.

Fraglos stellen formale, organisationsgestützte Beziehungen einen empirisch gut erfassbaren Forschungszugang dar. Über institutionalisierte Foren der Begegnung, Mehrfachmitgliedschaften sowie programmatische und weltanschauliche Nähe können die Beziehungen von Parteien und kollateralen Organisationen recht gut erfasst werden. Doch sind derartig privilegierte Partnerschaften im Verlauf der Jahrzehnte deutlich schwächer geworden⁴⁸, für die kleinen Parteien existieren zudem nahezu keine solcher verlässlichen und schlagkräftigen Kollateralorganisationen. Zudem leiden viele dieser Organisationen selbst unter Mitgliederschwund. Hinzu kommt, dass eher informelle und unstete Beziehungen und Kontaktformen, wie sie im Lokalen potenziell anzutreffen sind – im Rahmen des Kontaktes zu Vereinen, Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen oder örtlichen Netzwerken – über diesen Verankerungsbegriff kaum erfasst werden. Somit scheint der Begriff der gesellschaftlichen Verankerung seinen Gehalt stärker aus seinem Komplementär, der Entkopplung, zu ziehen. Der Versuch, einen positiven Gehalt des Konnexes von Partei und Gesellschaft zu bestimmen, bleibt also kompliziert.

45 Vgl. Klein, Markus: Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?, in: Spier, Tim u. a. (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 39 ff.

46 Vgl. Erdmann, Gero u. a.: Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in nicht-westlichen Demokratien als Forschungsproblem, in: Dies. (Hrsg.): Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien. Formale und informelle Dimensionen im internationalen Vergleich, Wiesbaden 2004, S. 12 ff.; Poguntke, 2000, S. 24, 26 ff.

47 Vgl. Poguntke, 2000, S. 32 ff., 43.

48 Für das Verhältnis von CDU und Kirche vgl. bspw. Bösch, Frank: Das konservative Milieu, Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2003, S. 202 f. Für die Gewerkschaften und ihre Beziehung zur SPD vgl. Zeuner, Bodo: Gewerkschaften 2000 – politisch auf sich gestellt? Sechs Beziehungsmuster zur SPD, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, H. 1, 2000 (51. Jg.), S. 40 ff.